E&M daily
DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

161,74 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

93,99 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

960

MW produziert der Windpark He Dreiht, den der Energiekonzern EnBW in der Nordsee in Betrieb genommen hat.

KLIMASCHUTZ
Deutschland verliert beim Klimaschutz an Boden

FINANZIERUNG
Batteriespeicher als Renditequelle für Investoren

WÄRME
Bergwerke als Wärmespeicher nutzen

Inhalt

TOP-THEMA
→ **WASSERSTOFF:** Ines warnt vor Lücke bei H2-Speichern

POLITIK & RECHT
→ **KLIMASCHUTZ:** Deutschland verliert beim Klimaschutz an Boden
→ **KWK:** KWKG-Novelle dringend erwartet
→ **BIOMASSE:** Grünes Licht für Biomasseverordnung
→ **POLITIK:** Stromsteuer sorgt für Konflikt in der Koalition
→ **PERSONALIE:** Hauptgeschäftsführer des VBEW bestätigt
→ **GASMARKT:** Ungarn hält russisches Gas für teuer und sucht nach Alternativen

HANDEL & MARKT
→ **FINANZIERUNG:** Batteriespeicher als Renditequelle für Investoren
→ **PERSONALIE:** Bundesverband Wärmepumpe wählt Vorstand

TECHNIK
→ **WÄRME:** Bergwerke als Wärmespeicher nutzen
→ **KOOPERATION:** Multi-Energy-Hub für Lkw in Ulm geplant
→ **WÄRMEVERSORGUNG:** Frankfurt nutzt Serverabwärme für Wohnsiedlung
→ **STROMNETZ:** Plattform unterstützt gemeinschaftliche Netzanschlüsse

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN

→ **BILANZ:** EnBW: Erzeugung bleibt unter Vorjahr
→ **VERTRIEB:** Kiwigrid kooperiert mit Elephant Power
→ **STATISTIK DES TAGES:** Stromabsatz in Deutschland von 1975 bis 2023

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Gaspreise steigen trotz milder Wetteraussichten

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**
→ **STELLENANZEIGEN**
→ **REDAKTION**
→ **IMPRESSUM**

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

★ TOP-THEMA

Ines warnt vor Lücke bei H2-Speichern



Studie zum deutschen Wasserstoffspeicherbedarf. Quelle: Ines

WASSERSTOFF. Der Wasserstoffhochlauf in Deutschland stockt. Laut einer Ines-Marktbefragung droht bis 2035 eine Lücke bei Speicherkapazitäten. Der Verband fordert politische Impulse.

Der erwartete Wasserstoffhochlauf in Deutschland reicht nach Einschätzung der Marktakteure nicht aus, um die Energie- und Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig droht bis 2035 eine Lücke zwischen dem absehbaren Speicherbedarf und den bislang angestoßenen Projekten. Zu diesem Ergebnis kommt die Initiative Energien Speichern (Ines) in ihrer Marktbefragung „Market Assessment for Hydrogen Storage“ (MAHS) 2026. Der Verband fordert die Politik auf, den Wasserstoffmarkt und den Ausbau der erforderlichen Speicher gemeinsam voranzubringen.

Die Erwartungen an den Wasserstoffspeicherbedarf haben sich gegenüber der vorherigen Befragung aus dem Jahr 2024 um rund fünf Jahre nach hinten verschoben. Dennoch zeichnet sich laut Ines bereits für 2030 ein Bedarf von bis zu 2,7 Milliarden kWh ab. Bis 2035 könnte er auf bis zu 7,6 Milliarden kWh und bis 2045 auf bis zu 28,3 Milliarden kWh steigen. Die oberen Bedarfswerte berücksichtigen neben konkret feststehenden auch weniger wahrscheinliche Bedarfe.

Speicherleistung gewinnt an Bedeutung

Neben dem Speichervolumen spielt die Ausspeicherleistung eine wichtige Rolle. Insbesondere Wasserstoffkraftwerke benötigen hohe Mengen des Energieträgers, die nach Einschätzung von Ines überwiegend aus Speichern bereitgestellt werden müssen. Die Marktbefragung beziffert die marktwirtschaftlich benötigte Ausspeicherleistung für 2035 auf bis zu 13.000 MW. Bis 2045 könnte sie auf bis zu 46.000 MW steigen. Wasserstoffspeicher seien damit ein wesentlicher Baustein für die künftige Versorgungssicherheit.

Allerdings bleiben die Markterwartungen hinter den Langfristszenarien des Bundeswirtschaftsministeriums zurück. Diese beschreiben Entwicklungspfade zur Erreichung der Treibhausgasneutralität in Deutschland. Aus Sicht von Ines reicht der derzeit erwartete Wasserstoffhochlauf nicht aus, um die Energie- und Klimaziele zu erreichen.

Zudem seien bislang nicht genügend Investitionen in Speicherprojekte angestoßen worden, um selbst den verhaltenen Markthochlauf abzusichern. Besonders kritisch ist nach Einschätzung des Verbands der Zeitraum bis 2035. Die dafür ermittelten Speicherbedarfe stimmten weitgehend mit den Ergebnissen der

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

gemeinsamen Marktabfrage der Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber (ÜNB/FNB) überein. Ines bewertet die Bedarfe deshalb als robust.

Da die Entwicklung und der Bau von Wasserstoffspeichern lange Vorlaufzeiten benötigen, müssten die notwendigen Investitionen bereits jetzt erfolgen. Andernfalls könnten die erforderlichen Kapazitäten zum benötigten Zeitpunkt fehlen.

Ines fordert verlässliche Investitionsbedingungen

Um sowohl den Wasserstoffhochlauf als auch den Speicheraufbau zu beschleunigen, fordert Ines einen verlässlichen politischen Rahmen. Dieser müsse Investitionen in bedarfsgerechte Speicherkapazitäten ermöglichen und zugleich den Wasserstoffmarkt auf einen Entwicklungspfad bringen, der die Erreichung der Klimaziele unterstützt.

Die befragten Unternehmen sehen insbesondere Förderungen der Investitions- und Betriebskosten sowie klare Zielpfade als wichtige Voraussetzungen für mehr Planungssicherheit. Weitere Ansatzpunkte sind laut Ines ein beschleunigter Ausbau der Netze und Speicher, die Absicherung von Abnahmerisiken und eine frühere Umstellung von Kraftwerken auf Wasserstoff.



Prognostizierte Wasserstoffmengen nach Quellen.
(Für Vollbild auf die Grafik klicken)
Quelle: MAHS 2026

„Die Politik sollte den Wasserstoffhochlauf und den Speicheraufbau gemeinsam in den Blick nehmen. Klare Zielpfade und verlässliche Investitionsbedingungen können dazu beitragen, den Wasserstoffmarkt auf den zur Erreichung der Klimaziele erforderlichen Kurs zu bringen und die benötigten Speicher rechtzeitig bereitzustellen“, sagt Ines-Geschäftsführer Sebastian Heinermann. Für die Versorgung im Jahr 2035 müssten aufgrund der langen Entwicklungszeiten von Speichern bereits jetzt die Weichen gestellt werden.

Marktbefragung erfasst Speicherbedarf bis 2045

Für die MAHS 2026 befragte Ines vom 14. April bis zum 30. Juni 2026 Unternehmen aus dem In- und Ausland, die künftig Wasserstoff in Deutschland speichern wollen. Die anonymisiert und aggregiert ausgewerteten Angaben umfassen die erwarteten Speicherbedarfe für 2030, 2035, 2040 und 2045. Alle Energiemengen beziehen sich auf den Heizwert.

Die Marktbefragung dient zugleich der Umsetzung europäischer Vorgaben. Nach Artikel 9 der EU-Verordnung 2024/1789 über die Binnenmärkte für erneuerbares Gas, Erdgas sowie Wasserstoff müssen Speicherbetreiber regelmäßig Marktbewertungen zu Investitionen in Speicher für erneuerbare und kohlenstoffarme Gase durchführen. Ines unterstützt mit der MAHS eine koordinierte Umsetzung dieser Anforderungen in Deutschland.

Die Ergebnispräsentation zur MAHS 2026 steht im Internet bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

POLITIK & RECHT



Quelle: Klimaschutzbericht 2026 Quelle: BMUKN

Deutschland verliert beim Klimaschutz an Boden

KLIMASCHUTZ. Deutschland senkt seine Treibhausgasemissionen, fällt in der Klimaschutzumsetzung aber zurück. Umweltverbände kritisieren Defizite bei Verkehr, Gebäuden und Landnutzung.

Deutschland kommt bei der Reduktion seiner Treibhausgasemissionen voran, fällt im internationalen Vergleich aber zurück. Das zeigt sich sowohl im Klimaschutzbericht 2026 der Bundesregierung als auch im neuen Klimaschutz-Index der Umweltorganisationen Germanwatch und New Climate Institute. Während die Bundesregierung Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energien und beim Umbau der Energieversorgung hervorhebt, kritisieren Umweltverbände und die EU-Kommission die Klimaschutzpolitik insbesondere in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landnutzung.

Die Bundesregierung beschloss am 11. November ihren Klimaschutzbericht 2026 im Kabinett. Der Bericht dokumentiert jährlich die Entwicklung der Treibhausgasemissionen, den Stand der Klimaschutzmaßnahmen und deren erwartete Minderungswirkungen. Seit 1990 hat Deutschland seine Treibhausgasemissionen um rund 48 Prozent reduziert. Ziel bleibt die Klimaneutralität bis 2045.

Besonders im Energiesektor sieht die Bundesregierung Fortschritte. Erneuerbare Energien deckten 2025 rund 55 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs. Erstmals lag die Solarstromerzeugung vor der Stromerzeugung aus Erdgas und Braunkohle. Auch bei der Wärmewende registriert die Regierung Veränderungen: 2025 wurden erstmals mehr Wärmepumpen als Gasheizungen verkauft.

Klimaschutz-Index sieht Deutschland nur im Mittelfeld

Ein weniger positives Bild zeichnet der internationale Klimaschutz-Index. Darin fällt Deutschland zum dritten Mal in Folge zurück und belegt nun Rang 25. Der Index bewertet 64 Länder und die EU, die zusammen für mehr als 90 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Besonders schlecht schneidet Deutschland bei der nationalen Klimapolitik ab. In dieser Kategorie rutschte die Bundesrepublik um neun Plätze auf Rang 36 ab.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Hauptautor Jan Burck von Germanwatch führt das unter anderem auf die Energiepolitik von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) zurück, die verstärkt auf Erdgas setze. Nur bei der Energienutzung erreicht Deutschland mit Rang neun eine vergleichsweise gute Platzierung.

EU-Kommission fordert Nachbesserungen

Auch die EU-Kommission sieht erhebliche Defizite. In ihrem jährlichen Klimaschutz-Fortschrittsbericht bescheinigt sie Deutschland, die Vorgaben der EU-Klimaschutzverordnung und der Verordnung zur Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) in wichtigen Bereichen zu verfehlen.

Die Kommission fordert neun Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, mit einem sogenannten blauen Brief auf, Pläne für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen Verkehr und Gebäude vorzulegen. Für Deutschland stellt sie eine besonders hohe Zielverfehlung fest. Ab 2030 drohen der Bundesrepublik deshalb Ausgleichszahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert durch ihren Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch von der Bundesregierung zusätzliche Maßnahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landnutzung. Die Bundesregierung müsse Nachsteuerungspläne vorlegen und damit auch den Urteilen des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zuvorkommen, wo zwei Klimaklagen der DUH anhängig sind.

Verbände kritisieren geplante Kürzungen

Kritik kommt auch von Sozial- und Verkehrsverbänden. Der Deutsche Caritasverband, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und die Klima-Allianz Deutschland wenden sich gegen die geplante Verwendung von 2,7 Milliarden Euro aus dem europäischen Emissionshandel zur Haushaltssanierung. Das Geld solle in den aktuellen Haushaltberatungen wieder Klimaschutz und Transformation der Wirtschaft zukommen.

Viviane Raddatz, Geschäftsführerin Netzwerk und Gesellschaft der Klima-Allianz Deutschland, erinnerte, dass Investitionen in erneuerbare Energien und Elektrifizierung Haushalte und Unternehmen dauerhaft vor Preissprüngen bei Öl und Gas schützen könnten.

Klimaschutzprogramm noch nicht berücksichtigt

Die Bundesregierung verweist auf das im März 2026 beschlossene Klimaschutzprogramm. Es umfasst 67 Maßnahmen, die bis 2030 rund 27 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen einsparen sollen. Dazu zählen der Ausbau der Windenergie, Förderprogramme für Elektromobilität sowie Maßnahmen für Industrie und Gebäude. Weitere 23 Maßnahmen betreffen die Landnutzung und Forstwirtschaft.

Allerdings berücksichtigt der Klimaschutzbericht diese Maßnahmen noch nicht in seinen Berechnungen. Seine Grundlage sind die am 14. März 2026 veröffentlichten Daten und Projektionen des Umweltbundesamtes. Wie stark das Klimaschutzprogramm die Emissionsentwicklung tatsächlich beeinflussen wird, lässt sich anhand des Berichts daher noch nicht beurteilen.

Der Klimaschutzbericht der Bundesregierung 2026 steht im Internet bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

KWKG-Novelle dringend erwartet


Quelle: E&M

KWK. BDEW und VKU fordern die Bundesregierung auf, die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes zügig auf den Weg zu bringen. Sonst droht ab 2027 ein Investitionsstopp.

Die geplante Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) verzögert sich erneut. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) fordern die Bundesregierung deshalb auf, das Gesetzgebungsverfahren schnell einzuleiten. Ohne eine rechtzeitige Verlängerung des Rechtsrahmens drohe ab dem 1. Januar 2027 ein abrupter Stopp beim Aus- und Umbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), Wärmenetzen und Wärmespeichern.

Die Verbände verlangen, das KWKG mindestens bis 2035 zu verlängern. Die Novelle ist bereits im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode vereinbart. Ursprünglich sollte sie bis Ende 2025 vorliegen. Bislang hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf jedoch nicht beraten. BDEW und VKU drängen darauf, nun zunächst die Länder- und Verbändeanhörung zu starten und den Entwurf anschließend schnellstmöglich im Kabinett zu verabschieden.

Genehmigungsfrist bremst Investitionen

Die Auswirkungen der Verzögerung sind nach Einschätzung der Verbände bereits spürbar. Der geltende Rechtsrahmen setzt für die Förderung neuer KWK-Anlagen voraus, dass bis Ende 2026 eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) oder nach Landesrecht vorliegt. Für größere Erzeugungsanlagen sei dieser Zeitrahmen inzwischen kaum noch einzuhalten.

„Entscheidungen für größere Erzeugungsanlagen werden schon seit Monaten nicht mehr getroffen, da eine BImSchG-Genehmigung bis Jahresende nicht mehr möglich ist“, erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Auch KWK-Ausschreibungen hätten seit 2025 nicht mehr stattgefunden. In der Folge lägen Planungen für den Ausbau und die Transformation der Fernwärmeversorgung auf Eis oder seien bereits aufgegeben worden.

Andreae bezeichnet die Novellierung als dringende Voraussetzung für weitere Investitionen in KWK-Anlagen und die Fernwärmetransformation. Je früher die beteiligten Akteure Planungssicherheit erhielten, desto eher könnten sie ihre Vorhaben wieder aufnehmen.

Auch Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des VKU, sieht die kommunalen Unternehmen unter Handlungsdruck. Stadtwerke benötigten verlässliche Rahmenbedingungen für den weiteren Aus- und Umbau ihrer KWK-Anlagen und Wärmenetze. „Ohne eine Verlängerung des Gesetzes droht ein unnötiger und lang anhaltender Investitionsstopp“, warnte er. KWK-Anlagen seien für die Energie- und Wärmewende auf kommunaler Ebene zentral.

KWK liefert steuerbare Leistung

Die Bedeutung der Kraft-Wärme-Kopplung für das Energiesystem unterstreichen die Verbände mit Zahlen zum bisherigen Ausbau. Seit der KWKG-Novelle 2009 seien mithilfe des Gesetzes mehr als 18.000 MW steuerbare Kraftwerksleistung durch neue, modernisierte oder nachgerüstete Anlagen hinzugekommen. Damit entfalle auf die KWK der überwiegende Teil der in diesem Zeitraum neu errichteten steuerbaren Erzeugungskapazitäten in Deutschland.

Durch die gleichzeitige Produktion von Strom und Wärme senke die Technologie den Primärenergieverbrauch und unterstütze die Klimaziele. Zugleich trage sie zur Versorgungssicherheit bei.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Als regelbare Erzeugungskapazität könne sie die schwankende Einspeisung erneuerbarer Energien ergänzen. Künftig werde ihre Bedeutung nach Einschätzung von BDEW und VKU weiter zunehmen, insbesondere durch den Einsatz begrenzt verfügbarer klimaneutraler Brennstoffe wie Wasserstoff und Biomasse.

Die Verbände verweisen zudem darauf, dass die KWK-Förderung keine Mittel aus dem Bundeshaushalt benötige. Sie werde vollständig über eine Umlage finanziert, die derzeit 0,446 Cent je kWh betrage. Die jährlichen Fördermittel seien außerdem gesetzlich gedeckelt.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) hatte bereits Eckpunkte für eine KWKG-Novelle veröffentlicht. (Wir berichteten.) Diese enthielten aus Sicht der Verbände viele sinnvolle Weiterentwicklungen. Entscheidend sei nun, dass die Bundesregierung daraus zeitnah einen Gesetzentwurf mache. Nur so ließen sich weitere Verzögerungen bei Investitionen in die Strom- und Wärmeinfrastruktur vermeiden. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Grünes Licht für Biomasseverordnung



Quelle: Shutterstock

BIOMASSE. Der Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie hat Änderungen an der Biomasseverordnung gebilligt. Sie schränken die Förderung der Stromerzeugung aus Waldholz ein.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat der Änderung der Biomasseverordnung zugestimmt. Die Bundestags-Abgeordneten billigten den Gesetzentwurf am 11. November in geänderter Form mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD. Die Fraktionen von AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke stimmten dagegen.

Mit der Novelle setzt die Bundesregierung Vorgaben der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie III (RED III) in deutsches Recht um. Ziel ist es, Holzressourcen nachhaltiger zu nutzen und die stoffliche Verwendung gegenüber der energetischen Nutzung zu priorisieren. Holz soll demnach vorrangig als Bau- oder Werkstoff dienen.

Die Verbrennung zur Stromerzeugung wird als nachrangige Nutzung eingestuft.
Konkret fallen künftig bestimmte Holzsortimente aus der Förderung heraus. Dazu zählen Sägerundholz, Furnierrundholz sowie im Wald geerntete Stümpfe und Wurzeln. Anlagen, die ausschließlich Strom erzeugen und dafür forstwirtschaftliche Biomasse einsetzen, erhalten künftig keine Förderung mehr nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Industrierestholz bleibt dagegen weiterhin förderfähig.

Ausnahmen sieht die Verordnung für Heizkraftwerke und Verbrennungsanlagen vor, die zusätzlich Technologien zur Abscheidung und Speicherung von biogenem Kohlendioxid (Bio-CCS) einsetzen.

Ausnahmen berücksichtigen Wald- und Marktbedingungen

Die Koalitionsfraktionen haben den Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren noch angepasst. Ein Änderungsantrag von Union und SPD konkretisiert insbesondere, wann Rundholz als Holz in Industriequalität gilt. Dabei sollen die jeweiligen Wald- und Marktbedingungen berücksichtigt werden.

Dazu bezieht die geänderte Verordnung die wald- und marktbezogenen Ausnahmen vom Kaskadenprinzip nach Paragraf 5 Absatz 2 in die Definition förderfähiger Biomasse ein. Holzsortimente, für die diese

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Ausnahmen gelten, können demnach weiterhin als förderfähige Biomasse im Sinne des EEG anerkannt werden. Sie gelten in diesen Fällen nicht als Rundholz in Industriequalität.

Eine Abweichung vom Kaskadenprinzip ist laut Verordnung unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Das gilt beispielsweise, wenn sie erforderlich ist, um die Energieversorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Eine Ausnahme kann auch greifen, wenn die lokale Industrie nicht in der Lage ist, die forstwirtschaftliche Biomasse mit einem höheren Mehrwert stofflich zu nutzen als durch die Energieerzeugung.

Damit soll die Vorrangstellung der stofflichen Holznutzung erhalten bleiben, ohne regionale Besonderheiten bei der Verfügbarkeit und Verwertung von Holz vollständig auszublenden. Die Zustimmung im Ausschuss ist ein weiterer Schritt im parlamentarischen Verfahren, es folgt die Abstimmung im Bundestag. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Stromsteuer sorgt für Konflikt in der Koalition



Quelle: ghazii / Fotolia

POLITIK. Union und SPD haben in den Haushaltsgesprächen einiges aus dem Weg geräumt. Doch ein Punkt sorgt für Wut in der Union. Für Kanzler und Koalition könnte der Konflikt gefährlich werden.

Trotz eines Scheiterns im ersten Anlauf lässt die Union bei der Stromsteuersenkung für alle nicht locker. Sie hofft darauf, bis zum Koalitionsausschuss am kommenden Dienstag doch noch die mehr als fünf Milliarden Euro für die Umsetzung des Projekts aus dem Koalitionsvertrag zum 1. Januar 2027 zusammenzubekommen. Für Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) geht es dabei um seine Glaubwürdigkeit, für die deutsche Wirtschaft um ein wichtiges Symbol und für die Bürger um einen Ausgleich für die hohen Energiepreise - auch wenn es nur wenige Euro sind.

Die Koalitionäre hatten sich am Mittwoch in ihren Haushaltsverhandlungen nicht auf eine Gegenfinanzierung verständigen können.

Hoppermann: Klingbeil duckt sich weg

Es sei gelungen, große Brocken zu klären, sagte SPD-Fraktionschef Matthias Miersch einigermaßen zufrieden. Er stellte heraus, dass Kürzungen bei Sozialleistungen besonders für Familien fallen gelassen werden sollen. In der Union brach sich dagegen der Frust über das Ergebnis in einer mehr als dreistündigen Fraktionssitzung am Abend Bahn. Es gab etliche aufgebrachte Wortmeldungen, von Desaster war die Rede.

Viele in der Union fühlen sich von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) über den Tisch gezogen. Generalsekretärin Franziska Hoppermann griff ihn frontal an. „Der Finanzminister ist kreativ beim Steuern erfinden. Er duckt sich aber weg, wenn es um die konkrete Entlastung für alle geht“ sagte sie. Lars Klingbeil habe die Senkung der Stromsteuer im Koalitionsvertrag versprochen. Jetzt stehe die Frage im Raum, was dieses Wort noch wert ist.

Kanzler wollte Glaubwürdigkeitslücke schließen

Der Kanzler war in der Wut-Sitzung der Fraktion an seinem 71. Geburtstag nicht dabei, sondern bei einem seit Tagen geplanten Essen mit Frau und Tochter. Für ihn geht es bei der Frage um viel. Die CDU-Führung

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

hatte sich nach den für die Kanzlerpartei demütigenden Landtagswahlen im September darauf festgelegt, die im Koalitionsvertrag versprochene Stromsteuersenkung für alle nun endlich durchzusetzen.

Merz sagte nach der Präsidiumssitzung am 12. Oktober: „Wir wollen damit nicht nur Entlastung ermöglichen, sondern wir wollen auch die Glaubwürdigkeitslücke schließen, die sich aus dieser Entscheidung im letzten Jahr für uns alle ergeben hat." Auch die CDU-Ministerpräsidenten hatten die Stromsteuersenkung vehement gefordert und die Fraktionschef der Länder hatten das vergangenes Wochenende nach einem Treffen mit Merz noch einmal bekräftigt.

Nachträgliche Einigung im Koalitionsausschuss möglich

Die Chance, dass es doch noch zu einer Einigung kommt, wenn es schon die Fraktionschefs nicht geschafft haben, gilt als gering. Der Haushaltsausschuss kam am Nachmittag zur sogenannten Bereinigungssitzung zusammen, in der es um Änderungen am Regierungsentwurf zum Haushalt geht. Sie dürfte bis zum frühen Freitagmorgen dauern.

Theoretisch wäre es möglich, dass die Koalition eine Senkung der Stromsteuer auch noch danach im Haushalt verankert, wie es aus dem Ausschuss hieß. Dazu müssten sich am Dienstag die Spitzen von Union und SPD im Koalitionsausschuss verständigen. Gelingt das, müsste die Einigung per Änderungsantrag in die abschließenden Haushaltsberatungen im Bundestag eingebracht werden. Sie beginnen am 24. November.

Bisher kein Geld für Stromsteuersenkung

Die Stromsteuer in Deutschland beträgt aktuell 2,05 Cent je Kilowattstunde - bereits im Koalitionsvertrag hatten CDU, CSU und SPD angekündigt, sie für alle auf das EU-Mindestmaß von 0,1 Cent je Kilowattstunde zu senken. Umgesetzt wurde dies aber unter Verweis auf Haushaltszwänge aber nur für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft.

5,4 Milliarden Euro werden gebraucht, um sie auf alle Unternehmen und Bürger auszuweiten. Woher kann das Geld kommen? Möglich wäre es, Subventionen abzubauen - das würde aber den Widerstand mächtiger Lobbygruppen auslösen. Ein Weg könnte auch sein, erwartete Milliarden-Überschüsse auf dem sogenannten EEG-Konto zur Förderung erneuerbarer Energien zu verwenden. Dazu gibt es aber viele rechtliche Fragen.

Was eine Senkung für Bürger und Unternehmen bedeutet

Die Entlastung für die Bürger pro Monat wäre vergleichsweise gering. Berechnungen des Vergleichsportals Verivox zufolge würde eine Senkung auf europäisches Mindestmaß für einen Drei-Personen-Haushalt mit Jahresverbrauch von 4.000 kWh eine Entlastung von monatlich 7,75 Euro bringen.

Für die Wirtschaftsverbände hat das Thema hohen Symbolwert. DIHK-Präsident Peter Adrian sprach nach dem vorläufigen Scheitern von einer herben Enttäuschung für die Unternehmen. Enttäuscht zeigt man sich auch beim BDEW. „Die Senkung ist überfällig, wurde mehrfach von höchster politischer Spitze angekündigt und ist zudem Teil des Koalitionsvertrages", heißt es in einer Verlautbarung des Branchenverbandes.

// VON DPA

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Hauptgeschäftsführer des VBEW bestätigt



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

PERSONALIE. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) setzt an seiner Spitze auf Kontinuität. Marian Rappl wurde für weitere fünf Jahre als Hauptgeschäftsführer bestätigt.

Der Vorstandsrat des VBEW hat Marian Rappl für weitere fünf Jahre als Hauptgeschäftsführer und Sprecher der Hauptgeschäftsführung wiederbestellt. Die neue Amtszeit schließt unmittelbar an seine bisherige Bestellung an und läuft bis 2032, teilte der Verband mit.

Rappl führt den Verband gemeinsam mit dem zweiten Hauptgeschäftsführer Florian Mattner. Die Doppelspitze besteht seit Mitte 2024. Rappl ist Sprecher der Hauptgeschäftsführung, während Mattner die VBEW Dienstleistungsgesellschaft mbH leitet. Mit der neuen Führungsstruktur hatte der Verband damals die Verantwortlichkeiten an seiner Spitze neu geordnet.

Der VBEW-Vorsitzende Klaus Steiner begründete die Wiederbestellung mit der Entwicklung des Verbandes in den vergangenen Jahren. Dieser sei politisch stärker positioniert worden. Zugleich habe man die Leistungen für die Mitgliedsunternehmen ausgebaut.

Der VBEW vertritt rund 400 Mitgliedsunternehmen aus der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft. Zu seinen Themen gehören nach eigenen Angaben Versorgungssicherheit, Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung. (sag)



Marian Rappl
Quelle: VBEW

// VON STEFAN SAGMEISTER

Zum Inhalt

Ungarn hält russisches Gas für teuer und sucht nach Alternativen



Quelle: Fotolia / WoGi

GASMARKT. Der Nachfolger des kremlfreundlichen Viktor Orban als ungarischer Ministerpräsident hat sich persönlich zu den ungarischen Gasimporten geäußert. Und zu deren Preisformeln.

Die ungarische Regierung hält die russischen Gaspreise nicht für niedrig und sucht nach anderen Lieferanten, um Gas zum besten Preis zu importieren, erklärte der ungarische Ministerpräsident Peter Magyar von der konservativ-liberalen Tisza-Partei, einer Meldung der russischen Staatsagentur Tass zufolge.

„Im Gegensatz zu den Behauptungen der Vorgängerregierung unter Viktor Orban ist das Gas aus Russland

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

keineswegs billig“, stellte er in einem Interview zu den Bemühungen seiner Regierung zur Diversifizierung der Energieimporte fest. „Alle Preise sind an die Börsennotierungen gekoppelt; deshalb gibt es kein billiges russisches Gas . Der Preis ist an den Preis am TTF-Gashub gebunden“, fuhr Magyar fort und bezog sich dabei auf die Title Transfer Facility, die in den Niederlanden ansässige virtuelle Handelsplattform, die als wichtigster Preismaßstab für den kontinentaleuropäischen Erdgasmarkt dient.

„Der Preis für Erdgaslieferungen nach Ungarn setzt sich aus einer Reihe von Faktoren zusammen, wobei die Transitkosten eine bedeutende Rolle spielen“, erklärte der Ministerpräsident und fügte hinzu, dass seine Regierung deshalb die Diversifizierung der Bezugsquellen und Lieferwege anstrebe. „Dies stärkt unsere Verhandlungsposition. Stammt das Gas nur aus ein oder zwei Quellen, ist unsere Position schwach. Können wir es jedoch aus acht verschiedenen zuverlässigen Quellen beziehen, haben wir die Möglichkeit, über Transitgebühren zu verhandeln und sogar zu feilschen“, so Magyar weiter.

Er betonte, dass die Regierung im Einvernehmen mit dem staatlichen Stromversorger MVM einen Energiemix anstrebt, der eine zuverlässige Versorgung zu möglichst günstigen Preisen gewährleistet. „Wir arbeiten daran“, sagte der Ministerpräsident und kündigte an, in Kürze eine Reihe von Treffen mit seinen europäischen Amtskollegen abzuhalten. Derzeit bezieht Ungarn sein Erdöl überwiegend über die Druschba-Pipeline und sein Erdgas über die Turkstream-Pipeline sowie über Nebenstrecken durch Bulgarien und Serbien.

Laut früheren Schätzungen der Regierung unter Viktor Orban von der rechtspopulistischen, kremlnahen Fidesz-Partei importierte Ungarn im Jahr 2025 gut 8,5 Millionen Tonnen Öl und mehr als 7 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland. Die neue ungarische Regierung bekräftigte ihr Engagement für die Diversifizierung der Energielieferanten . Gleichzeitig räumte das Kabinett ein, dass ein vollständiger Ausstieg aus russischen Öl- und Gasimporten derzeit nicht möglich sei und die Zusammenarbeit mit Russland in diesem Bereich zunächst weiter fortgesetzt werde.

Ungarn hat grundsätzlich die Möglichkeit, Rohöl über das kroatische Terminal Omisalj auf der Adriainsel Krk und die Balkanpipeline zu beziehen. Für LNG-Importe steht das griechische Terminal in Revithoussa bei Athen mit Pipeline-Anschluss via Bulgarien zur Verfügung. (mkl) // VON MARTIN KLINGSPORN

Diesen Artikel können Sie teilen: Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

HANDEL & MARKT



Beispielhafte BESS-Anlage (Symbolbild). Quelle: Second Foundation

Batteriespeicher als Renditequelle für Investoren

FINANZIERUNG. Institutional Investment Partners und Second Foundation starten einen Fonds für Großbatteriespeicher. Zwei Projekte mit zusammen 24 MW Leistung sind bereits vertraglich gesichert.

Der Investmentmanager Institutional Investment Partners (2IP) und der Energiehändler Second Foundation haben einen Infrastrukturfonds für Großbatteriespeicher in Deutschland aufgelegt. Der Institutional Infrastructure Battery Fund (IIBF) richtet sich einer Mitteilung der Unternehmen zufolge an institutionelle Anleger und verfügt nach Unternehmensangaben über eine Projektpipeline mit einem Investitionsvolumen von mehr als 300 Millionen Euro.

Zum Fondsstart haben sich die Unternehmen zwei Batteriespeicherprojekte in Sachsen-Anhalt und Thüringen kaufvertraglich gesichert. Die Anlagen verfügen zusammen über eine Leistung von 24,15 MW und eine Speicherkapazität von 55.000 kWh. Zwei weitere Projekte befinden sich in der Ankaufsprüfung.

Der Fonds investiert in Batteriespeicher, die bereits baureif sind oder kurz vor der kommerziellen Inbetriebnahme stehen. Damit sollen Risiken aus der frühen Projektentwicklung und den Genehmigungsverfahren ausgeschlossen werden. Die Anlagen sollen langfristig im Fondsbestand verbleiben.

Erste Speicher sollen 2027 in Betrieb gehen

Die beiden gesicherten Projekte befinden sich in Radis in Sachsen-Anhalt und Gößnitz in Thüringen. Der Batteriespeicher in Radis ist mit einer Leistung von 13,8 MW und einer Kapazität von 30.000 kWh geplant. Die kommerzielle Inbetriebnahme ist für Oktober 2027 vorgesehen. Die Anlage in Gößnitz soll über 10,35 MW Leistung und 25.000 kWh Speicherkapazität verfügen. Ihre Inbetriebnahme ist für November 2027 geplant.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Für das Investment Management, die Fondsstrukturierung und die Prüfung der Transaktionen ist 2IP zuständig. Second Foundation übernimmt den Zugang zu Speicherprojekten, das technische und kaufmännische Anlagenmanagement sowie die Vermarktung der Speicherkapazitäten an den Strom- und Regelenergiemärkten. Dafür setzt das Unternehmen eine selbst entwickelte Steuerungs- und Überwachungssoftware ein.

Fondserträge aus Pacht und Stromhandel

Das Geschäftsmodell kombiniert vertraglich vereinbarte Nutzungsentgelte mit variablen Erträgen aus der Stromvermarktung. Langfristige Pachtzahlungen für die Bereitstellung der Speicheranlagen sollen eine Basis für laufende Ausschüttungen schaffen. Vorauszahlungen und vertragliche Sicherungsmechanismen sollen die Einnahmen zusätzlich absichern.

Darüber hinaus erhalten die Anleger erfolgsabhängige Erträge aus der Vermarktung der Batteriespeicher durch Second Foundation. Die Gesamtrendite hängt damit sowohl von den vereinbarten Nutzungsentgelten als auch von den Erlösen an den Strom- und Regelenergiemärkten ab.

Nach Angaben der Unternehmen soll der überwiegende Teil der kalkulierten Erträge während der Betriebsphase erwirtschaftet werden. Verkaufserlöse am Ende der Fondslaufzeit sollen dagegen eine untergeordnete Rolle spielen. (kmt) // VON KATIA MEYER-TIEN

Zum Inhalt

WERBUNG



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Bundesverband Wärmepumpe wählt Vorstand



Quelle: Fotolia / sdecoret

PERSONALIE. Claus Fest ist in seinem Amt als Vorstandsvorsitzender beim Bundesverband Wärmepumpe (BWP) bestätigt worden.

Die Mitglieder des Bundesverbands Wärmepumpe (BWP) haben am 12. November turnusgemäß ihren Vorstand neu gewählt und setzen dabei auf Kontinuität. Dabei wurde Claus Fest in seinem Amt als Vorstandsvorsitzender bestätigt. Er wird die Arbeit des Verbands damit auch in der kommenden Amtsperiode an der Spitze des Vorstands begleiten. Dr. Kai Schiefelbein und Klaus Ackermann komplettieren als seine Stellvertreter den geschäftsführenden Vorstand.

Die Wiederwahl fällt in eine Phase, in der die Wärmepumpenbranche ihre Position als zentraler Akteur der Wärmewende weiter festigt. „Die Wärmepumpe führt den Heizungsmarkt inzwischen klar an und ist zum Wachstumstreiber für die gesamte Heizungsindustrie geworden“, betonte der wiedergewählte BWP-Vorstandsvorsitzende Claus Fest in der Eröffnungsrede des Forums Wärmepumpe, das am 11. und 12. November in Berlin stattfand.

Zugleich richtete Fest einen Appell an die Bundesregierung: „Damit sich dieser Erfolg fortsetzt, brauchen Verbraucher und Unternehmen aber verlässliche politische Rahmenbedingungen. Investoren vertrauen auf die im Sommer getroffenen Entscheidungen zu Gebäudemodernisierungsgesetz und Heizungsförderung. Die Förderung ist so angelegt, dass sie alle sechs Monate absinkt. Dieser planbare Pfad schafft Transparenz, setzt aber auch voraus, dass die im Koalitionsvertrag gemachte Zusage, die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken, eingehalten wird.“

Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V. ist ein Branchenverband mit Sitz in Berlin. Im BWP sind mehr als 1.400 Unternehmen der Heizungsindustrie, Handwerksunternehmen, Planungs- und Architekturbüros, Bohrfirmen sowie Energieversorger organisiert. (hr) // VON HEIDI ROIDER

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

TECHNIK



Quelle: Pixabay / Hangela

Bergwerke als Wärmespeicher nutzen

WÄRME. Das Fraunhofer IEG hat mit Projektpartnern einen Leitfaden für Grubenwärmespeicher veröffentlicht. Er soll Kommunen und Projektentwickler bei Planung und Genehmigung unterstützen.

Das Fraunhofer-Institut für Energieinfrastrukturen und Geotechnologien (IEG) hat gemeinsam mit Partnern des Forschungsprojekts WINZER eine Handlungsempfehlung für die Planung, Genehmigung und den Betrieb thermischer Grubenwärmespeicher veröffentlicht. Das geht aus einer Mitteilung des Instituts hervor. Der Leitfaden bündelt Erkenntnisse aus Forschungsarbeiten, Demonstrationsanlagen und Monitoringprojekten. Er richtet sich insbesondere an Kommunen, Stadtwerke, Projektentwickler und Genehmigungsbehörden.

Demnach können geflutete Bergwerke dazu dienen, überschüssige Wärme aus Industrieanlagen, Rechenzentren oder erneuerbaren Energiequellen saisonal zu speichern. Die Wärme lässt sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder entnehmen und für die Wärmeversorgung nutzen. Dafür kommen insbesondere ehemalige Bergbauregionen infrage, in denen unterirdische Hohlräume und wassergefüllte Gruben vorhanden sind.

Die Handlungsempfehlung behandelt die Anforderungen an Standortuntersuchungen, Risikomanagement, Modellierung, Monitoring und Betriebsführung. Ein Schwerpunkt liegt auf geomechanischen, hydrochemischen und mikrobiologischen Prozessen, die den Betrieb und die Leistungsfähigkeit der Speicher beeinflussen können.

Die Empfehlungen sollen dazu beitragen, technische Risiken frühzeitig zu identifizieren und die Grundlagen für Genehmigungsverfahren zu verbessern. Das Fraunhofer IEG koordinierte die Erarbeitung und brachte unter anderem Erkenntnisse aus Feldversuchen, numerischen Simulationen und Untersuchungen an einer ehemaligen Kleinzeche in Bochum ein.

„Für die Wärmewende reicht es nicht aus, das Potenzial von Grubenwärmespeichern theoretisch nachzuweisen. Akteure benötigen belastbare Grundlagen für Planung, Genehmigung und Betrieb dieser neuen Option im Energiemix“, kommentiert Projektleiter Mathias Nehler die Publikation.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Forschungsprojekt WINZER abgeschlossen

Die Handlungsempfehlung entstand im Verbundprojekt WINZER (Wärmespeicherung in Zechen des Ruhrgebiets). Das Projekt lief von Juli 2022 bis Juni 2025 und wurde vom Bundesforschungsministerium gefördert.

Unter Koordination des Fraunhofer IEG untersuchten die Projektpartner die Nutzung gefluteter Bergwerke als saisonale Wärmespeicher. Am Demonstrationsstandort Bochum entwickelten sie Verfahren zur Überwachung, Simulation und Betriebsführung einer Pilotanlage in grundwassergefüllten bergbaulichen Hohlräumen. Beteiligt waren neben dem Fraunhofer IEG die Ruhr-Universität Bochum, die Technische Universität Bergakademie Freiberg und die delta h Ingenieurgesellschaft.

Mit der Veröffentlichung sollen die gewonnenen Erkenntnisse für weitere Speicherprojekte nutzbar werden. Zugleich ist vorgesehen, die Handlungsempfehlung anhand künftiger Projekterfahrungen weiterzuentwickeln. kmt)

Der Leitfaden „Handlungsempfehlung für die sichere Planung und Nutzung thermischer Grubenwärmespeicher“ ist auf den Internetseiten de der Fraunhofer Gesellschaft abrufbar.

// VON KATIA MEYER-TIEN

Zum Inhalt

WERBUNG



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Multi-Energy-Hub für Lkw in Ulm geplant



Quelle: MB Energy Gruppe

KOOPERATION. Der Energiehändler MB Energy und der Nutzfahrzeughersteller Iveco planen in Ulm einen Multi-Energy-Hub mit Wasserstofftankstellen, Schnellladern und weiteren Kraftstoffen.

Wasserstoff tanken, einen Elektro-Lkw laden oder einen Diesel-Lkw mit HVO100 versorgen: Das soll künftig an einem einzigen Standort in Ulm möglich sein. Die Hamburger MB Energy Gruppe und der Nutzfahrzeughersteller Iveco wollen dafür einen öffentlich zugänglichen Multi-Energy-Hub errichten. Die Anlage entsteht unmittelbar am Iveco-Standort in der Nähe der Autobahnen A7 und A8. Das teilten die Unternehmen am 11. November mit.

MB Energy übernimmt dabei die Planung, den Bau und den späteren Betrieb der Anlage. Das Unternehmen ist im Kraftstoffhandel und in der Energieversorgung tätig und betreibt bereits ein Tankstellennetz für gewerbliche Fuhrparks. Iveco, eine Nutzfahrzeugmarke der italienischen Iveco-Gruppe mit Sitz im italienischen Turin, stellt das Grundstück zur Verfügung. Zudem bringt der Hersteller sein Wissen über alternative Antriebstechnologien ein.

Geplant sind zwei Wasserstoff-Zapfsysteme mit verschiedenen Druckstufen: 700 bar für leichte und schwere Nutzfahrzeuge sowie 350 bar für schwere Lkw und Busse. Hinzu kommen zwei Schnellladepunkte für batterieelektrische Lastwagen. Das Kraftstoffangebot umfasst HVO100, einen Dieselkraftstoff aus hydrierten Ölen und Fetten, sowie herkömmlichen Diesel, Benzin und die Abgasreinigungslösung Ad Blue.

„Keine einzelne Technologie kann die Herausforderungen einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Schwerlastverkehr im Alleingang bewältigen“, erklärt Philipp Kroepels, Director New Energy bei MB Energy. Deshalb wolle das Unternehmen unterschiedliche Energieangebote an einem Standort zusammenführen. Für gewerbliche Flotten soll dadurch die Wahl zwischen verschiedenen Antriebstechnologien erleichtert werden.

Inbetriebnahme für 2027 vorgesehen

Noch befindet sich das Vorhaben in der Planungsphase. Den Antrag auf Bau- und Betriebsgenehmigung wollen die Partner bis Ende dieses Jahres einreichen. Vorbehaltlich der erforderlichen Genehmigungen soll der Betrieb Mitte 2027 beginnen. Die vollständige Inbetriebnahme der Gesamtanlage ist ebenfalls für das kommende Jahr vorgesehen. Eine Anfrage unserer Redaktion zu den Investitionskosten, zur Ladeleistung der Schnellladepunkte und zur Wasserstoff-Betankungskapazität ließ MB Energy bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Für Iveco ist der Hub Teil seiner Strategie, neben Fahrzeugen mit Dieselantrieb auch batterieelektrische und wasserstoffbetriebene Nutzfahrzeuge anzubieten. Christian Sulser, Vorstandsvorsitzender der Iveco Deutschland AG, sieht in der Anlage eine Möglichkeit, den Ausbau der Infrastruktur mit der Entwicklung entsprechender Fahrzeuge zu verbinden. Sie solle den Kunden den Zugang zu unterschiedlichen Energieoptionen erleichtern.

Wasserstofftankstelle erhält Förderung

Das Projekt ist zugleich in die Initiative „H2-Wandel – Modellregion Grüner Wasserstoff Baden-Württemberg“ eingebunden. Diese verfolgt das Ziel, bis 2027 eine regionale Wertschöpfungskette für Wasserstoff aufzubauen. Die Iveco Deutschland AG gehört dem Verein H2-Wandel an, der die Aktivitäten der beteiligten Akteure koordiniert.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Für die auch von schweren Lkw nutzbare Wasserstofftankstelle erhält Iveco nach eigenen Angaben eine anteilige Förderung vom Land Baden-Württemberg und der Europäischen Union. Die EU-Mittel stammen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Nach Angaben der Projektpartner soll die Anlage zudem die Anforderungen der europäischen Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (Alternative Fuels Infrastructure Regulation, AFIR) erfüllen. Diese sieht unter anderem vor, dass bis 2030 entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes Wasserstofftankstellen in Abständen von höchstens 200 Kilometern verfügbar sein müssen. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

Zum Inhalt

Frankfurt nutzt Serverabwärme für Wohnsiedlung



Bei der Vorstellung des Wärmekonzeptes der Friedrich-Ebert-Siedlung. Quelle: Mainova

WÄRMEVERSORGUNG. In Frankfurt am Main sollen 1.100 Wohnungen künftig Wärme aus einem Rechenzentrum erhalten. Mainova stellt dafür mit Partnern die Versorgung einer Siedlung schrittweise um.

Die Umstellung soll mehr als ein Jahrzehnt dauern. Ab Herbst 2027 wollen der Frankfurter Energieversorger Mainova, die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Frankfurt Holding und der Rechenzentrumsbetreiber Telehouse Deutschland jährlich etwa 80 Wohnungen an die neue Wärmeversorgung anschließen. Bis 2040 soll die bisherige Erdgasversorgung vollständig abgelöst sein. Das gaben die Projektpartner in einer Mitteilung vom 11. November bekannt.

Konkret geht es um die Friedrich-Ebert-Siedlung im Frankfurter Stadtteil Gallus. Die Partner rechnen nach Abschluss der Umstellung mit einer jährlichen CO2-Einsparung von rund 650 Tonnen gegenüber der bisherigen Versorgung mit Erdgas. Den Strombedarf der Wärmepumpen haben sie dabei nach eigenen Angaben berücksichtigt.

Drei Partner mit unterschiedlichen Aufgaben

Telehouse stellt die Abwärme seines Rechenzentrums bereit. Dort fällt beim Betrieb der Server kontinuierlich Wärme an, die bislang ungenutzt bleibt. Für die benachbarte Friedrich-Ebert-Siedlung soll sie künftig ausgekoppelt und über eine rund 600 Meter lange Leitung zu einer neuen Heizzentrale transportiert werden.

Die ABG Frankfurt Holding errichtet diese Heizzentrale und übernimmt die notwendigen Umbauten in ihren Wohngebäuden. Die Mainova schließlich verantwortet die energietechnische Umsetzung. Der Versorger plant drei Großwärmepumpen mit jeweils 1,1 MW Leistung, einen Pufferspeicher mit 8.000 Litern Fassungsvermögen sowie eine Trafostation. Im Rahmen eines Contracting-Modells soll die Mainova zudem die Investition übernehmen sowie die Planung, den Bau und den Betrieb der Versorgungsanlage verantworten.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Funktionsweise der künftigen Wärmeversorgung der Friedrich-Ebert-Siedlung: Die Grafik veranschaulicht den Weg der Abwärme vom Rechenzentrum bis in die Wohnungen
(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)
Quelle Mainova / ABG Frankfurt Holding / Telehouse

Die Abwärme erreicht die Heizzentrale mit einer Temperatur von rund 30 Grad Celsius. Die Wärmepumpen erhöhen deren Temperatur auf etwa 65 Grad Celsius an, damit sich die Wärme für die Gebäudeheizung nutzen lässt. Zur Verteilung baut die Mainova eigenen Angaben nach ein neues Nahwärmenetz mit Hausanschlussleitungen von insgesamt 1,6 Kilometern Länge. Das Projekt erhält Mittel aus der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW).

Gasthermen weichen Wohnungsstationen

Die Friedrich-Ebert-Siedlung umfasst 43 Gebäude mit einer beheizten Fläche von rund 56.000 Quadratmetern. Der jährliche Wärmebedarf liegt laut den Projektpartnern bei etwa 5,1 Millionen kWh. Dieser soll nach Abschluss der Umstellung vollständig durch die Abwärme des Rechenzentrums gedeckt werden, wie es in der Mitteilung der Projektpartner heißt. Ein großer Teil der Wohnhäuser stammt aus den 1950er-Jahren. Nahezu alle Gebäude wurden bereits in der Vergangenheit wärmegedämmt.

In 39 Gebäuden müssen die bisherigen Gasetagenheizungen durch eine zentrale Wärmeversorgung ersetzt werden. Die ABG Frankfurt Holding will dafür unter anderem die hausinternen Heizungs- und Wasserleitungen erneuern und Heizkörper austauschen. Anstelle der Gasthermen erhalten die Wohnungen sogenannte Wohnungsstationen. Displays sollen den Bewohnern künftig Auskunft über ihren Wärme- und Wasserverbrauch geben. Die Wärmeabrechnung übernimmt die Mainova direkt mit den Mietern.

Die Arbeiten innerhalb der Wohnungen finden jeweils zwischen Anfang Mai und Ende September statt. Ein Auszug ist dafür nicht erforderlich, versichern die Projektpartner. Während der Baumaßnahmen in den Wohnungen erhalten die Mieter eine Mietminderung. Die ABG Frankfurt Holding hatte die Bewohner bereits im August über das Vorhaben informiert.

Für Mainova und Telehouse ist die Abwärmenutzung am Standort nicht neu. Bereits das benachbarte Neubauquartier „Franky“ ist an die Wärmeversorgung des Rechenzentrums angeschlossen. Mit der Friedrich-Ebert-Siedlung wird das Konzept nun auf einen größeren Gebäudebestand übertragen.

ABG und Mainova arbeiten auch bei der Stromversorgung der Siedlung zusammen. Seit 2019 befinden sich auf den Dächern von 35 Gebäuden Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 1,4 MW. Über ein Mieterstrommodell können die Bewohner den dort erzeugten Strom direkt nutzen. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

Diesen Artikel können Sie teilen:

Zum Inhalt

Plattform unterstützt gemeinschaftliche Netzanschlüsse

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten


Quelle: Fotolia / malp

STROMNETZ. Eine neue Plattform in Nordrhein-Westfalen vermittelt Partner für gemeinsame Netzanschlüsse und direkte Stromlieferungen. Sie soll auch die Netzbetreiber entlasten.

Eine neue Online-Plattform will Projektierer von Erneuerbare-Energien-Anlagen, Speicherbetreiber und Industrieunternehmen für gemeinsame Netzanschlüsse und Direktbelieferungen zusammenbringen. Die Landesgesellschaft „NRW.Energy4Climate“ hat dafür das kostenlose Tool „Grid4Energy“ gestartet. Die Agentur ist eine hundertprozentige Tochter des Landes und unterstützt Energiewendeprojekte in Wirtschaft und Kommunen.

Die Zahl der Netzanschlussbegehren für Erneuerbare-Energien-Anlagen, Batteriespeichern und Industriebetrieben ist hoch. Räumlich benachbarte Vorhaben könnten einen Anschluss gemeinsam viel effizienter nutzen und auch die Zahl der Anfragen an Netzbetreiber verringern. Solche Kooperationen soll die Plattform anbahnen, heißt es von Seiten der Agentur.

Unternehmen können ihre Projekte registrieren. Das System ermittelt automatisch, ob andere Vorhaben in räumlicher Nähe liegen. Für Erneuerbare-Energien-Anlagen und Speicher untereinander gilt ein Radius von 20 Kilometern. Zwischen Erneuerbaren- oder Speicherprojekten und Industrieunternehmen sind es fünf Kilometer; für das Matching von Erneuerbaren-Anlagen beziehungsweise Speichern und freien Netzanschlusskapazitäten zieht das System einen Radius von zehn Kilometern. Über Treffer werden beide Seiten im Tool und per E-Mail informiert. Anschließend können sie Kontakt aufnehmen.

Auf einem „Schwarzen Brett“ lassen sich freie Netzanschlusskapazitäten bestehender Anlagen und Stromnachfragen von Industrieunternehmen mit Interesse an einer Direktbelieferung veröffentlichen. Auch der Standort wird angezeigt. Projektierer können die Einträge unabhängig vom automatischen Matching einsehen.

Das Werkzeug vermittelt zunächst potenzielle Partner. Ob diese tatsächlich einen Netzanschluss gemeinsam nutzen können, müssen die Beteiligten anschließend bilateral klären. Die technische Prüfung und die Anschlussanfrage beim zuständigen Netzbetreiber ersetzt das Tool nicht.

Nach Einschätzung von Christian Mildenberger, Geschäftsführer der Landesagentur, kann die Bündelung von Vorhaben schon kurzfristig für Entlastung sorgen. Während Bund und Netzbetreiber an mittelfristigen Lösungen arbeiteten, könne die Plattform bereits jetzt helfen. „Durch die Bündelung von Anträgen werden aus Unternehmen, die um das knappe Gut ‚Netzanschluss‘ konkurrieren, Teamplayer“, so Mildernberger.

// VON FRITZ WILHELM

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / Minerva Studio

EnBW: Erzeugung bleibt unter Vorjahr

BILANZ. EnBW erzielt nach neun Monaten ein Adjusted Ebitda von 3,2 Milliarden Euro. Die Prognose für 2026 bleibt bestehen, das Ergebnis dürfte aber im unteren Bereich der Spanne landen.

Das Adjusted Ebitda lag mit 3,2 Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert von 3,6 Milliarden Euro. Das Unternehmen sieht das Ergebnis im Rahmen seiner Erwartungen. Der auf die Aktionäre entfallende Adjusted Konzernüberschuss sank auf 657 Millionen Euro (Vorjahr: 994 Millionen Euro). Rund 80 Prozent des Ergebnisses stammen inzwischen aus risikoarmen Geschäftsbereichen, allen voran dem Netzgeschäft, wie das Unternehmen mitteilt.

Finanzvorstand Thomas Kusterer verwies darauf, dass die integrierte Aufstellung Schwankungen in einzelnen Bereichen weitgehend auffange. Bislang investierte der Konzern mehr als vier Milliarden Euro, rund 85 Prozent davon in Deutschland. Der Schwerpunkt lag auf Netzen, Ladeinfrastruktur, erneuerbaren Energien und flexibel einsetzbarer Erzeugung.

Weniger Strom aus Kohle und Wasserkraft

Der Ergebnisrückgang geht im Wesentlichen auf das Segment Nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur zurück. Sein Adjusted Ebitda sank auf 992 Millionen Euro (Vorjahr: 1,59 Milliarden Euro). Gründe waren geringere Erlöse aus der Vermarktung der Strommengen und die kleinere Kohlekapazität. Diese schrumpfte durch den Verkauf des Braunkohlekraftwerks Lippendorf und die Überführung des Steinkohlekraftwerks Heilbronn in die Netzreserve.

Im Bereich erneuerbare Energien ging das Ergebnis auf 709 Millionen Euro zurück (Vorjahr: 793 Millionen Euro). Das Niedrigwasser und ein erwartungsgemäß niedrigeres Preisniveau belasteten die Laufwasserkraft. Höhere Erzeugungsmengen aus Onshore- und Offshore-Wind sowie Solarparks wirkten dagegen positiv.

Beim Offshore-Windpark „He Dreiht“ sind alle 64 Turbinen mit 960 MW errichtet, 885 MW waren Ende des dritten Quartals am Netz. Die Leistung ist laut EnBW bereits durch langfristige Stromabnahmeverträge abgesichert, das Projekt wurde ohne staatliche Förderung realisiert. Der Anteil erneuerbarer Energien an

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

der Stromerzeugung lag bei 62 Prozent, die installierte Leistung bei über 8.000 MW.

Der Bereich Thermische Erzeugung und Handel kam auf 283 Millionen Euro (Vorjahr: 796 Millionen Euro). Neben dem planmäßigen Ausscheiden von Kohlekapazitäten und gesunkenen Margen belasteten rückläufige Handelserträge, unter anderem durch temporäre negative Bewertungseffekte.

Netze stabil, Kundengeschäft legt deutlich zu

Das Segment Systemkritische Infrastruktur mit den Strom- und Gasnetzen blieb mit rund 1,95 Milliarden Euro nahezu konstant (Vorjahr: 1,98 Milliarden Euro). Der Netzausbau führte zu höheren Rückflüssen aus Netzentgelten. Gegenläufig wirkten der Wegfall positiver Einmaleffekte aus dem Vorjahr und höhere Personalaufwendungen. Transnet BW hat im Oktober die Bauarbeiten an ihrem Ultranet-Abschnitt abgeschlossen, der erste Stromfluss wird noch vor Jahresende erwartet. Südlink soll weiterhin bis Ende 2028 in Betrieb gehen.

Die Intelligente Infrastruktur für Kunden steigerte ihr Ergebnis auf 461 Millionen Euro (Vorjahr: 288 Millionen Euro). Treiber war vor allem der Ausbau und die stärkere Nutzung der Schnellladeinfrastruktur. Über die App EnBW mobility+ haben Kunden Zugang zu mehr als einer Million Ladepunkten in 17 europäischen Ländern.

Für 2026 bestätigt die EnBW die Konzernprognose von 4,6 bis 5,1 Milliarden Euro Adjusted Ebitda, erwartet aber den unteren Bereich dieser Spanne. Die Segmentprognosen wurden angepasst:

- Systemkritische Infrastruktur: unverändert 2,5 bis 2,8 Milliarden Euro
- Nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur: gesenkt von 2,0 – 2,3 auf 1,7 – 2,0 Milliarden Euro.
- Intelligente Infrastruktur für Kunden: angehoben von 400 – 500 auf 500 – 600 Millionen Euro. (gd)

// VON GÜNTER DREWNITZKY

Diesen Artikel können Sie teilen: ^ Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Kiwigrid kooperiert mit Elephant Power



Quelle: Pixabay / Mohamed Hassan

VERTRIEB. Wärmepumpe, Speicher plus Energiemanagement: Kiwigrid stattet das Energiesystem von Elephant Power mit EMS, Gateway und Cloud-Anbindung aus.

Der Dresdner Technologieanbieter Kiwigrid übernimmt das Energiemanagement für das integrierte Energiesystem „ElephantONE“ des Stuttgarter Unternehmens Elephant Power. Die Kooperation umfasst ein White-Label-Energiemanagementsystem (EMS), den Energy Manager „VoyagerX“ und die Anbindung an die Cloud-Plattform „KiwiOS X“, heißt es in einer Mitteilung der beiden Unternehmen.

Die Lösung von Elephant Power bündelt laut Anbieter eine Wärmepumpe mit 11 kW Leistung, einen Batteriespeicher mit 24 kWh Kapazität, einen Wechselrichter sowie Warmwasser- und Pufferspeicher in einem Outdoor-Gehäuse mit einer Grundfläche von 2,6 Quadratmetern. Gedacht ist sie für Ein- und Zweifamilienhäuser.

Die Steuerung geschieht auf zwei Ebenen: Der „ONE Controller“ koordiniert die Komponenten innerhalb des Systems und ermöglicht Fernwartung und Diagnose. Das Energiemanagement übernimmt die Optimierung der Energieflüsse im Gebäude. Dabei berücksichtigt es die PV-Erzeugung, Strompreise und Netzsignale, wie es weiter heißt.

Die Vernetzung erfolgt über die Energy-IoT-Plattform KiwiOS X. Sie soll eine markt- und netzdienliche Optimierung der angeschlossenen Komponenten ermöglichen und die Grundlage für weitere Anwendungen schaffen. Dazu zählen nach Angaben der Unternehmen die Direktvermarktung und die Einbindung dynamischer Stromtarife.

Als Hardware-Schnittstelle fungiert „VoyagerX“. Das Gateway verbindet die Energiegeräte mit der Cloud-

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Plattform. Die Einbindung in das häusliche Energiesystem erfolgt gemäß § 14a des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) und § 9 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), so die beiden Partner. (mf) // VON MANFRED FISCHER

Zum Inhalt

Stromabsatz in Deutschland von 1975 bis 2023



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken
Quelle: Statista

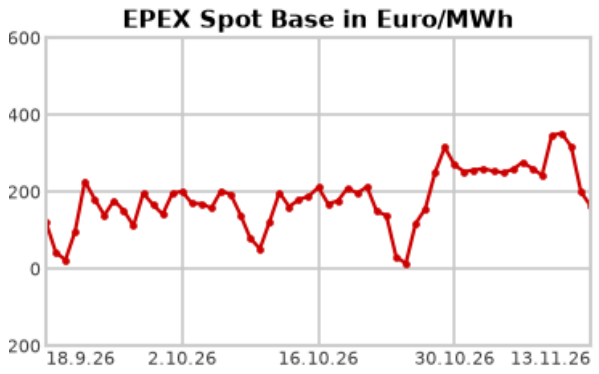
Die Statistik zeigt die Höhe der Stromabsatzmenge in Deutschland nach Sondervertrags- und Tarifkunden in den Jahren 1975 bis 2023. Im Jahr 2023 setzten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Deutschland rund 248,2 Terawattstunden Strom an Sondervertragskunden ab. Der Gesamtstromabsatz lag im genannten Jahr bei rund 390 Terawattstunden. // VON REDAKTION

Zum Inhalt

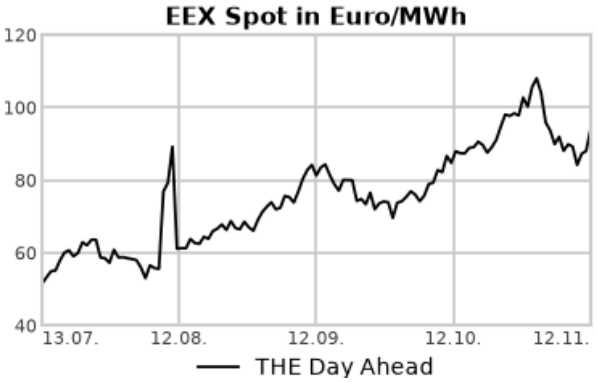
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Gaspreise steigen trotz milder Wetteraussichten

E&M MARKT KOMMENTAR
Strom +++ Gas +++ CO2
Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Die Ölpreise geben am Donnerstag nach, während Kohle zulegt. Hoffnungen auf eine Entspannung im Irankrieg und stabile Exporte aus der Golfregion belasten den Ölmarkt.

Überwiegend fester haben sich am Donnerstag die Energiepreise gezeigt. Strom und CO2 legten unter dem Eindruck anscheinend unaufhörlich steigender Gaspreise weiter zu, dagegen notierten Brent und Gasöl etwas leichter. Letzteres dürfte auf den Umstand zurückzuführen sein, dass sich die Ölexporte aus der Region trotz der militärischen Auseinandersetzungen normalisiert haben.

Die Gaspreise hingegen stehen unter dem Eindruck volatiler Wetterprognosen und der sich rasch leerenden europäischen Gasspeicher. Der Rückgang der Speicherstände sei bislang signifikant höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, berichten Marktbeobachter. Händler befürchten im Verlauf des Winters daher noch weiter steigende Gaspreise.

Strom: Überwiegend fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag präsentiert. Der Day-ahead allerdings verlor im Base um 37,25 auf 162,00 Euro je Megawattstunde und im Peak um 48,00 auf 149,96 Euro je Megawattstunde. Börslich zeigte sich die Grundlast mit 161,73 Euro, die Spitzenlast mit 159,10 Euro.

Marktbeobachter verwiesen auf die höhere Erneuerbaren-Einspeiseleistung als Grund für die Abgaben im Day-ahead. Der Beitrag der Erneuerbaren dürfte am Freitag in Deutschland auf 38,2 Gigawatt von 19,3 Gigawatt am Berichtstag steigen. Hinzu kommt die niedrigere Last, die am Freitag laut MBI Research auf 61,2 Gigawatt von 62,6 Gigawatt am Berichtstag zurückgehen soll.

Am langen Ende gewann das Strom-Frontjahr unter dem Eindruck der sehr festen Gaspreise 4,67 auf 149,96 Euro je Megawattstunde.

CO2: Die CO2-Preise haben sich am Donnerstag fester gezeigt. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.46 Uhr um 0,77 auf 90,33 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 14,2 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 90,40 Euro, das Tief bei 89,50 Euro.

Die Analysten von Belektron verweisen auf den Zuwachs von spekulativen Nettolongpositionen in der vergangenen Woche. Offenbar setze diese Gruppe von Marktteilnehmern verstärkt auf festere Notierungen und nutze Rückschläge am Markt zu neuen Käufen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Erdgas: Die europäischen Erdgaspreise haben am Donnerstag kräftig zugelegt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.45 Uhr 2,576 auf 89,801 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es für den Day-ahead um 3,175 auf 91,550 Euro je Megawattstunde nach oben.

Marktbeobachter verweisen auf die weiter bestehenden Unsicherheiten rund um den Persischen Golf und auf den rapiden Rückgang der Gasspeicherstände als Grund für die Aufschläge.

Derweil sind die Wetteraussichten für Deutschland auf etwas längere Distanz unklar. So geht das US-Wettermodell in seiner aktuellen Prognose von einer recht milden und windigen Witterung aus. Andere Wetterdienste rechnen dagegen ab Ende November mit einem nasskalten Frühwinter.

Zu den Preissteigerungen dürfte auch der geringere Gasflow aus Norwegen beigetragen haben, der sich am Berichtstag nur auf mäßige 324,9 Millionen Kubikmeter beläuft. An den Vortagen hatte der Export die Marke von 330 Millionen Kubikmeter zum Teil deutlich übertroffen. In den Feldern Asgard und Troll werden zurzeit ungeplante Wartungsarbeiten vorgenommen. Auf der Anlage Visund war vergangene Woche ein Feuer ausgebrochen, weswegen die gesamte Produktion von täglich 13,2 Millionen Kubikmetern Gas auf unbestimmte Zeit stillsteht. (cdg) // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

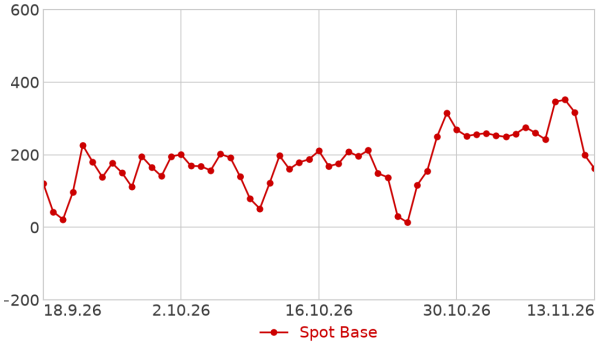
^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

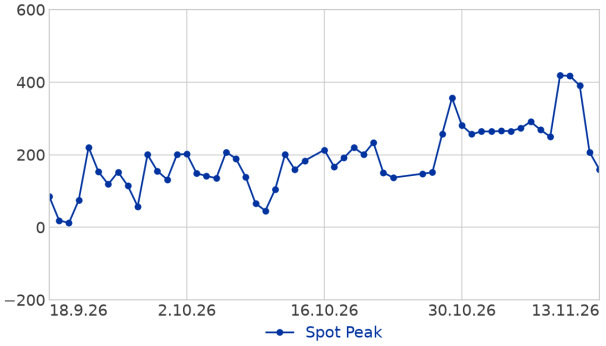
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

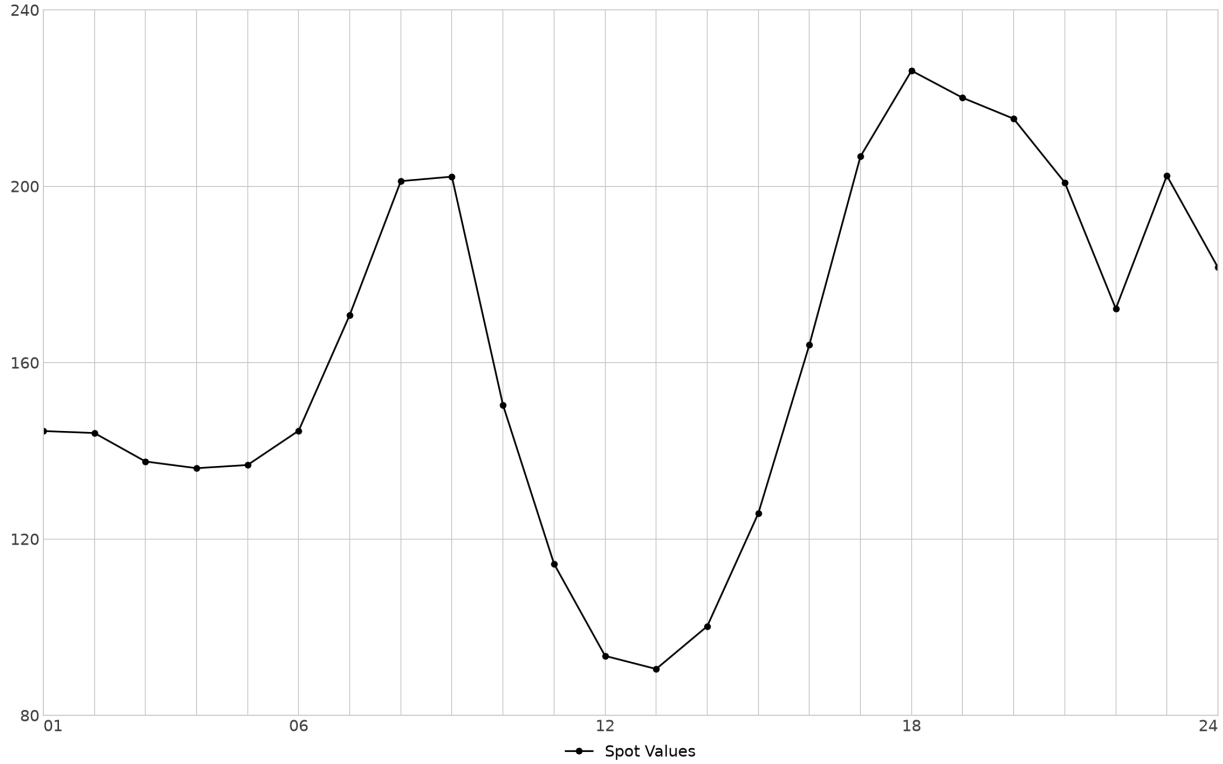
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Strom Terminmarkt

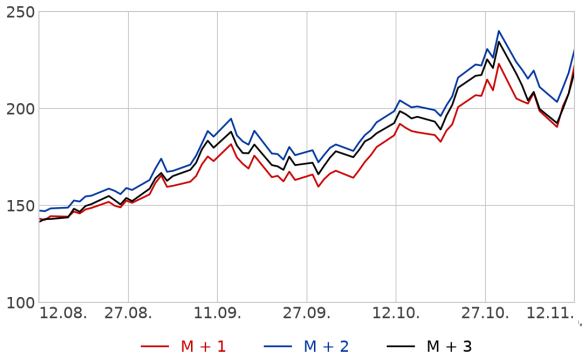
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	12.11.26	German Power Dec-2026	222,10
M2	12.11.26	German Power Jan-2027	230,22
M3	12.11.26	German Power Feb-2027	218,82
Q1	12.11.26	German Power Q1-2027	204,94
Q2	12.11.26	German Power Q2-2027	125,27
Q3	12.11.26	German Power Q3-2027	133,77
Y1	12.11.26	German Power Cal-2027	152,68
Y2	12.11.26	German Power Cal-2028	107,17
Y3	12.11.26	German Power Cal-2029	92,11

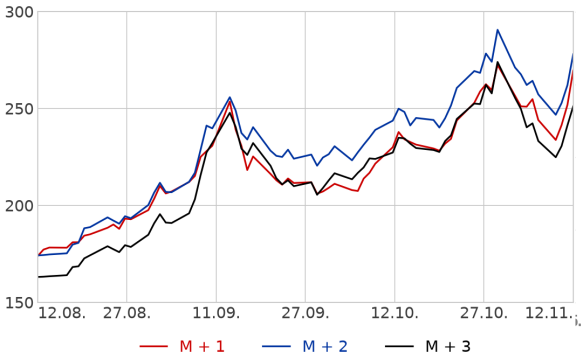
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	12.11.26	German Power Dec-2026	269,55
M2	12.11.26	German Power Jan-2027	278,01
M3	12.11.26	German Power Feb-2027	251,14
Q1	12.11.26	German Power Q1-2027	231,17
Q2	12.11.26	German Power Q2-2027	105,24
Q3	12.11.26	German Power Q3-2027	123,04
Y1	12.11.26	German Power Cal-2027	160,63
Y2	12.11.26	German Power Cal-2028	117,61
Y3	12.11.26	German Power Cal-2029	101,66

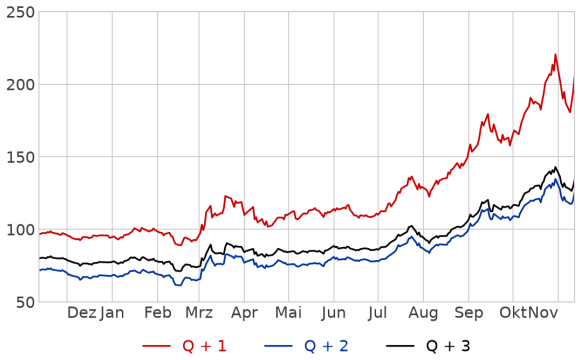
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



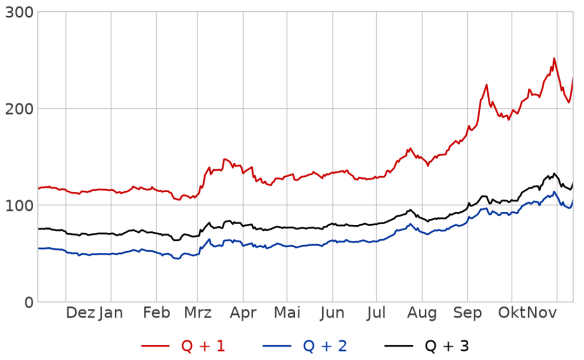
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



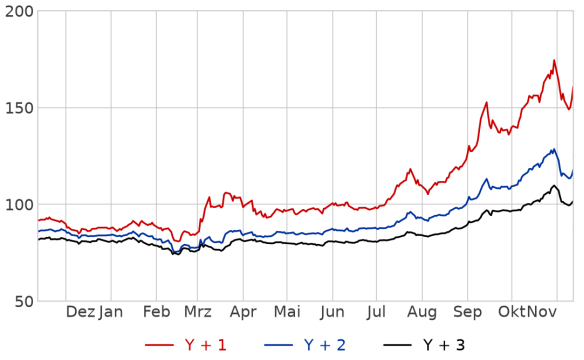
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Gas Spot- und Terminmarkt

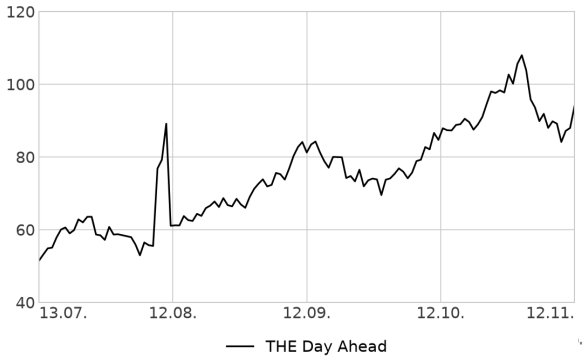
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	12.11.26	German THE Gas Dec-2026	93,77
M2	12.11.26	German THE Gas Jan-2027	93,62
Q1	12.11.26	German THE Gas Q1-2027	92,06
Q2	12.11.26	German THE Gas Q2-2027	73,39
S1	12.11.26	German THE Gas Sum-2027	70,74
S2	12.11.26	German THE Gas Win-2027	64,81
Y1	12.11.26	German THE Gas Cal-2027	74,94
Y2	12.11.26	German THE Gas Cal-2028	45,50

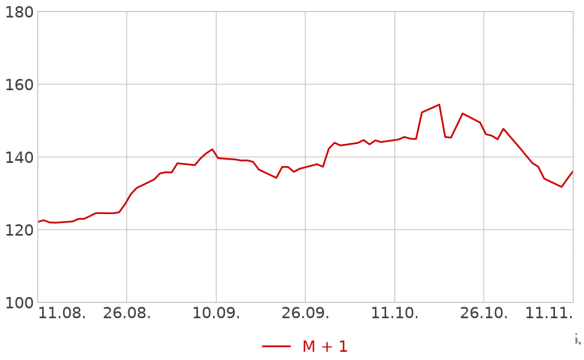
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	12.11.26	161,73	EUR/MWh
Germany Spot peak	12.11.26	159,10	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	12.11.26	90,38	EUR/tonne
Coal API2 Dezember 2026	11.11.26	136,15	USD/tonne

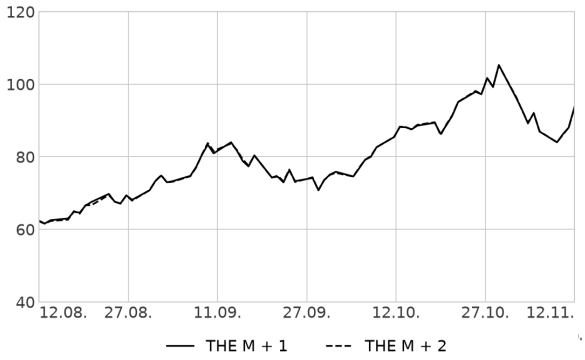
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



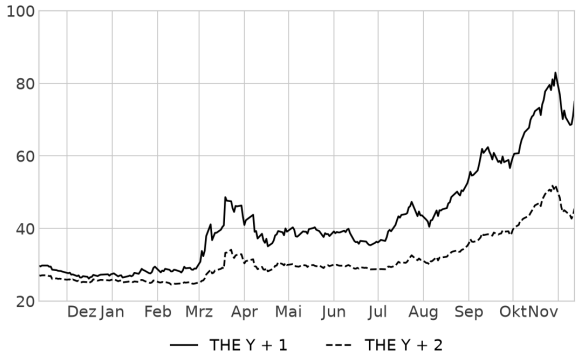
Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



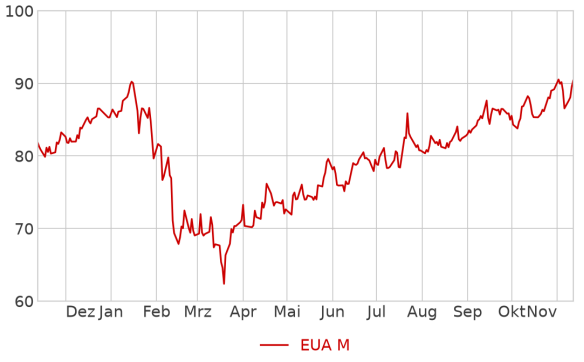
Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	12.11.26	93,98	EUR/MWh
German THE Gas Dec-2026	12.11.26	93,77	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	12.11.26	74,94	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jan-2027	12.11.26	95,82	USD/bbl

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

E&M STELLENANZEIGEN

Sachbearbeiter (m/w/d) Logistik und Bestände

Sachbearbeiter (m/w/d) im Bereich Logistik und Bestände beim Erdölbevorratungsverband in Hambur...

in Hamburg

10.11.2026

Angestellter · Festanstellung · Betr. Altersvorsorge / Flexible Arbeitszeit

Professur W 2 Gebäudeenergiesysteme und -automation

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die das Fachgebiet in Lehre, angewandter Forschung und Entwicklu...

in Amberg

05.11.2026

Festanstellung

Consultant Energiewirtschaft Datenqualität MaKo (m/w/d)

Du hast Lust auf innovative und nachhaltige Bau- & Immobilienprojekte? Dann bist du bei uns genau ri...

in Neckarsulm

vor 2 h

Freie Mitarbeit · Flexible Arbeitszeit

Gärtner Garten- und Landschaftsbau (m/w/d)

Gärtner Garten- und Landschaftsbau (m/w/d) Die HVG Grünflächenmanagement GmbH ist ein Untern...

in Bochum

vor 2 h

Festanstellung · Weiterbildung / Mitarbeiterrabatte

Datenbankadministrator MongoDB & Linux (w/m/d)

DEIN AUFGABENFELD - Administration und Betrieb von Datenbanksystemen in Linux-basierten Um...

in Halle (Saale)

vor 2 h

Weiterbildung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:
Volker Stephan
Manfred Fischer
Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Über E&M
E&M Anzeigen-Vertrieb
E&M Mediadaten
E&M Zeitung
E&M Termine
E&M Shop
E&M Firmendatenbank
E&M Glossar

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: